

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Simone Huth-Haage (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Fonds Heimerziehung

Die **Kleine Anfrage 2934** vom 18. Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Betroffene haben bisher in Rheinland-Pfalz Ansprüche auf Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung angemeldet?
2. Wie lange dauert es von der Kontaktaufnahme durch die Betroffenen bis zum ersten Gesprächskontakt?
3. Wie viele Fälle wurden bereits abgeschlossen?
4. Wie viele Anträge stehen in Rheinland-Pfalz in der Gefahr, aufgrund zu geringer Mittel des Fonds nicht mehr bearbeitet zu werden?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. Januar 2015 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Der Fonds Heimerziehung West ist mit 120 Millionen Euro ausgestattet, die zu je einem Drittel von dem Bund, den beiden Kirchen sowie den elf westlichen Bundesländern getragen werden. Die Antragsfrist für den Fonds Heimerziehung West endete am 31. Dezember 2014. Einen Anspruch auf eine Leistung dem Grunde nach haben nur Betroffene, die sich bis dahin bei einer regionalen Anlauf- und Beratungsstelle gemeldet haben.

Zur Frage 1:

Bis zum 31. Dezember 2014 haben in der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt – insgesamt 996 Betroffene Ansprüche auf Leistungen aus dem Fonds angemeldet.

Zur Frage 2:

Aufgrund der hohen Nachfrage des Fonds durch Betroffene, zeitintensiven Beratungsgesprächen, die auch vor Ort stattfinden sowie einem hohen Anteil an Verwaltungstätigkeiten (wie beispielsweise Anforderung von Unterlagen bei den Heimträgern, Erstellen der Vereinbarungen, Abrechnung von Kaufbelegen) gibt es bedauerlicherweise wie in allen Bundesländern auch in Rheinland-Pfalz Wartezeiten für ein Erstgespräch. Aktuell beträgt diese knapp zehn Monate. Die Betroffenen erhalten jedoch unmittelbar nachdem sie mit den Mitarbeiterinnen der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle Kontakt aufgenommen haben, ein umfangreiches Informationsschreiben mit Erläuterungen zur Antragsstellung und dem Verfahren. Dieses dient somit der ersten Information der ehemaligen Heimkinder und bereitet auf das Erstgespräch vor. Die Betroffenen werden darin unterstützt, die Wartezeit zum Einholen von verfahrensrelevanten Dokumenten zu nutzen, soweit sie sich dazu in der Lage sehen, und sich über den Bedarf an Sachleistungen zur Minderung von Folgeschäden Gedanken zu machen. Zudem haben sie die Möglichkeit, sich auch in der Wartezeit jederzeit mit ihren Anliegen an die Regionale Anlauf- und Beratungsstelle zu wenden.

b. w.

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder Jugend und Frauen hatte, um die Wartezeiten in Grenzen zu halten, bereits 2013 die Personalressourcen in der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle von 1,0 auf 2,5 Vollzeitstellen erhöht. Es prüft derzeit, ob kurzfristig eine zusätzliche Verwaltungskraft zur Unterstützung der Beraterinnen in der Anlauf- und Beratungsstelle eingesetzt werden kann.

Zur Frage 3:

Eine Beratung ist dann abgeschlossen, wenn eine Betroffene oder ein Betroffener entweder keine weiteren Leistungen mehr in Anspruch nehmen möchte, kein weiterer Bedarf besteht oder die Höchstsumme für materielle Leistungen in Höhe von 10000 Euro ausgeschöpft ist. Die beiden ersten Konstellationen werden statistisch als laufende Fälle erfasst, da die Betroffenen in den Jahren 2015 und 2016 noch die Möglichkeit haben, einen weiteren Leistungsantrag zu stellen.

Bislang haben 215 Betroffene ihre Leistungen vollumfänglich ausgeschöpft. Diese Beratungen gelten als abgeschlossen.

Zur Frage 4:

Die Landesregierung hat in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 2921 bereits auf die Bemühungen zur Aufstockung des Fonds West hingewiesen.

Die Finanz- und Familienressorts der Länder haben sich – vorbehaltlich der Zustimmung der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der alten Bundesländer – darauf verständigt, 2015 den Fonds zunächst um 60 Millionen Euro aufzustocken, um seine Liquidität zu sichern.

Sobald die konkreten Anmeldezahlen vorliegen und der konkrete Bedarf bekannt ist, werden die Finanz- und Familienressorts einen ergänzenden Vorschlag zur weiteren Aufstockung vereinbaren. Grundlage jeglicher Aufstockung des Fonds ist für die Familien- und Finanzressorts der Länder die Beibehaltung der Drittelfinanzierung zwischen Bund, Länder und Kirchen.

Irene Alt
Staatsministerin